

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1948

100 (17.11.1948)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FLÖWORVSK

3. Jahr Nr. 100 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Mittwoch, 17. November 1948

Kommunistische Partei Südbadens fest und entschlossen

26 706 stimmberechtigte Männer und Frauen Südbadens haben der Kommunistischen Partei am 14. November ihr Vertrauen ausgesprochen und sich zu ihrem kämpferischen Programm bekannt trotz der hemmungslosen Hetze aller Parteien von der CDU bis zur SPD gegen die einzige sozialistische Partei Deutschlands.

Zu früh frohlockten die Gegner. Sie meinten, die KP im Trommelfeuer der heuchlerischen Berliner Lügen, der schamlosen Kriegsgefangenen-Propaganda, der antisowjetischen Hetze, der Kriegshysterie und der bewußt ausgelösten Angstpsychose vor dem „asiatischen Kommunismus“ zermürben zu können. Ihr ungeheures Aufgebot war vergeblich. Die „Berliner Führer“ der drei Parteien, die das Erbe Hitlers und Goebbels angetreten haben, kamen umsonst in Flugzeugen aus der „Frontstadt Berlin“, angereist, die Herren Kaiser, Schwennicke, Löbe, Bach, und aus Bonn als besondere Attraktion der Präsident des „Parlamentarischen Rats für eine westdeutsche Verfassung“, Herr Dr. Adenauer.

Die Konjunkturritter und Opportunisten, die sich 1946 für die Kommunistische Partei erklärten, weil sie sich persönliche Vorteile davon versprochen, sind in dieser Zeit des Bekenntnisses zu einer auf das maßloseste diffamierten und verleumdete Partei dahin zurückgekehrt, woher sie kamen.

Die Kommunistische Partei geht aus diesen Wahlen gestärkt und gereinigt hervor.

Wer sich dieses Mal zu ihr bekannte, weiß, daß er mit ihr einen schweren Weg gehen muß, einen Weg aber, an dessen Ende die Einheit unseres Vaterlandes, die Demokratische Republik erkämpft sein wird, und die sozialistische Neuordnung der deutschen Wirtschaft.

Manchem mag das vermissen erscheinen, wenn er an den ungeheuren Einfluß denkt, den die Kirchen auf die politisch ungeschulten Massen ausüben, an die finanziellen und organisatorischen Machtmittel, über die die bürgerliche Klasse verfügt und daran, daß viele Arbeiter und Angestellte aus allen möglichen Rücksichtnahmen und Befürchtungen sich nicht zu einem entschiedenen sozialistischen Kampf bekennen wollen. Viele von diesen Männern und Frauen aber, die heute die Listen der SP gewählt haben, werden zur KP stoßen müssen, um zu verhindern, daß der brutale Versuch, im Westen Deutschlands und in Europa die kapitalistische Profitwirtschaft wieder aufzurichten, mit der Verelendung der werktätigen Massen unseres Volkes bezahlt wird. Viele christliche Arbeiter und Bauern, die in Vorurteilen gegen die Kommunistische Partei befangen sind und die Illusion haben, der Weg der CDU, der Weg des Marshallplans, der Währungsreform und der „freien“ Wirtschaft würde zu einer Lösung führen, werden eines Tages in den Reihen der KP um einen neuen Staat der Arbeiter, der Bauern und aller wirklich fortschrittlichen Kräfte kämpfen.

Mögen die vielen Frauen, die am Sonntag den bürgerlichen Parteien ihre Stimme gegeben haben, weil sie es nicht besser wußten und weil man ihnen Angst vor dem Kommunismus gemacht hat, es nicht eines Tages bereuen, daß sie sich nicht schon früher zu den Kommunisten bekannt

Hier berichtet

Eine Bittschrift für Kriegsverbrecher, die in den Nürnberger Prozessen verurteilt worden sind, hat die Industrie- und Handelskammer von Nordrhein-Westfalen an General Clay gerichtet. Das verhängte Strafmaß wird darin als „ungewöhnlich hart“ bezeichnet, die Angeklagten seien „wie gemeine Verbrecher“ behandelt worden.

In einem unbefristeten Hungerstreik traten die Bewohner des Flüchtlingslagers Allach II bei München. Sie fordern die Durchführung der von der Regierung versprochenen Maßnahmen zur Linderung des Flüchtlingselends.

Verboten wurde das Organ der Kommunistischen Partei der Saar, „Neue Zeit“, weil es Maßnahmen der saarländischen Regierung sehr scharf kritisiert hatte.

Ein zweiter politischer Ausschuß der UN wurde auf der UN-Vollversammlung zur Unterstützung des ersten Ausschusses gebildet. Der zweite Ausschuß soll sofort mit der Diskussion über das Palästina-Problem beginnen. Der sowjetische Vertreter erklärte hierzu, daß auch dieser Ausschuß kaum instand sein werde, die Probleme zu lösen.

Der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King hat seinen Rücktritt erklärt.

Der Kurssturz der Aktion an der New Yorker Börse, der nach der Beendigung der Wahlen einsetzte, hält auch weiterhin an. Der Kurs der wichtigsten Aktien ist um einen bis fünf Dollar gesunken.

Einen Solidaritätsstreik zur Unterstützung der Bergarbeiter auf Sardinien, die eine Lohnzulage verlangen, beschlossen die Bergarbeiter ganz Italiens am Montag durchzuführen.

haben. An dem Tag nämlich, an dem man versuchen wird, ihre Männer und Söhne in die Kriegfront einzureihen, die, um mit Herrn Adenauer zu sprechen, von allen europäischen Völkern „gegen Asien“, d. h. gegen die sozialistische Sowjetunion organisiert und in Bewegung gesetzt werden soll.

Die kommunistische Partei ist auch aus diesem Wahlkampf gefestigt hervorgegangen.

Bei den kommenden Entscheidungen wird sie der Kristallisationspunkt für alle diejenigen sein, die bei der Abstimmung über eine separate oder eine deutsche Verfassung im Frühjahr sich für ein geeintes Deutschland entscheiden wollen. Sie wird Führer im Kampf der durch Währungsreform und Profit-

wirtschaft um ihr Lebensrecht betrogenen Massen der Arbeiter und Angestellten sein. Sie wird die Forderung nach einem baldigen Friedensschluß und nach der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands immer wieder erheben, bis die breiten Massen unseres Volkes bereit sind, sich mit uns gemeinsam in einer einzigen großen Front für diese Ziele einzusetzen.

Die kommunistische Partei wird mahndend ihre Stimme erheben, wenn die von den täglichen Sorgen und von dem unaufhörlichen Druck der wirtschaftlichen Not Bedrängten und unter der Ausbeutung Leidenden müde werden wollen.

Sie hat dem Ansturm der in der CDU und der DP organisierten Reaktion, den Verleumdungen der klassenfeindlichen Verräter der SP-Führung auch diesmal erfolgreich widerstanden.

Sie ist entschlossen zum Kampf um die Einheit Deutschlands, für seine Freiheit und für den Frieden!

Neue Offensive der Volksarmee in Nordchina

Peking und Tientsin eingekesselt — Elend und Hunger unter dem Tschiangkaischek-Regime

Nanking. Die zweite Front in Nordchina hat sich durch die Einnahme von Paoting, 130 km vor Peking, zu Gunsten der Demokratischen Volksarmee entwickelt, die den Raum Peking-Tientsin eingekreist hat. Die in den von der Volksarmee eroberten Gebieten eingeschlossene Schlüsselposition Taiyuen in der Provinz Schansi ist gleichzeitig einem konzentrierten Angriff der Volksarmee ausgesetzt. Die bisherige Luftversorgung ist durch ständigen Beschuß der Flugplätze unterbrochen.

AP meldet, daß die Tschiangkaischek-Regierung beabsichtigt, ihr Armeehauptquartier von Suchow, der großen Basis nördlich Nanking, nach Pengpu im Süden zu verlegen. Von Seiten der Kuomintang wird zugegeben, daß die Streitkräfte der Volksarmee das 80 km östlich von Suchow gelegene Flugfeld der Kuomintanggruppen bereits unter Feuer genommen haben. Dieses Flugfeld ist das letzte Bindeglied der Tschiangkaischek-

Regierung zwischen Suchow und Nanking. Die Bahnverbindung ist von der Volksarmee abgeschnitten worden.

Die Hungersnot im Kuomintangchina nimmt immer größere Ausmaße an. Besonders verhängnisvoll offenbart sich diese in Schanghai. Hier sammelt die Müllabfuhr jeden Morgen etwa 30 Tote ein, die vor Hunger auf der Straße umgefallen und hilflos gestorben sind. Und dabei gilt Schanghai als die reichste Stadt des Landes. Hier befinden sich die Großbanken, die Sitze der Schiffahrtlinien und die großen USA-Handelshäuser. Ihre prachtvollen Bauten bilden einen jähren Kontrast zu den Elendsvierteln der Armen. Durchweg 20 Personen wohnen dort in einem winzigen Raum. Kinder, Frauen und Männer, die in der Spinnereien arbeiten, werden für einen Hungerlohn ausgebeutet. Tuberkulöse Kinder haben eine Arbeitszeit bis zu 12 Stunden. Kuomintangchina ist ein Paradies für kapitalistische Ausbeuter und Schieber und die Hölle für Arbeiter und Bauern.

Keine Wahl ohne demokratische Voraussetzungen

Freie Meinungsäußerung im Westen Berlins nicht möglich

Frankfurt. „Mit der Abhaltung von Wahlen in den Westsektoren steht Berlin vor der endgültigen Spaltung und einer Zuspitzung seiner sowieso schon unerfreulichen Lage“, erklärte der ehemalige stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin und Vorsitzende der SED-Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Karl Maron, auf einer Pressekonferenz in Frankfurt. Auch die SED sei für eine baldige Durchführung von Wahlen für ganz Berlin, werde sich aber erst daran beteiligen, wenn die demokratischen Voraussetzungen dafür gegeben seien. Das sei infolge der zugespitzten Lage gegenwärtig jedoch noch nicht der Fall. Während sich die Parteien der Westsektoren im Ostsektor Berlins frei bewegen dürften, würde die SED im Westen, ganz besonders aber im amerikanischen Sektor, einem dauernden Terror ausgesetzt. Maron erklärte weiter, daß der Spaltungsprozeß bereits mit der Errichtung der Viermächtekontrolle über Berlin im Juli 1945 begonnen habe. Bald danach seien die ursprünglich von den westlichen Alliierten betriebenen Spaltungsbestrebungen von deutschen Politikern umso eifriger fortgesetzt worden, so daß nun zwangsläufig über die

Zwischenfälle am Brandenburger Tor die Berliner Krise ihren Höhepunkt erreichen werde. Alle Bemühungen der Amerikaner hinsichtlich der Luftbrücke seien überflüssig gewesen, da die sowjetische Militärregierung die Lebensmittelversorgung der gesamten Berliner Bevölkerung übernehmen wollte. Man könne keinen Sinn in den Hilfsaktionen für Berlin erkennen, da die Lebensmittelrationen in den Westzonen weit unter denen der Berliner Bevölkerung lägen.

Abschließend erklärte die SED-Stadtverordnete Elli Schmidt, daß in diesem Jahr noch kein Berliner verhungert sei und daß es deshalb paradox sei, von armen, halbverhungerten Berlinern zu sprechen. Dagegen seien im Winter 1946/47 150 Berliner verhungert und erfroren, denen die Amerikaner bei einigem guten Willen hätten helfen können. Wie man sich damals unerbittlich gezeigt habe, gehe man auch heute mit Terror gegen die Bevölkerung vor, die ihre Lebensmittel aus dem Ostsektor beziehe, indem man mit Entlassungen und Wohnungsentzug drohe. Ostzonenbewohnern, die alten und kranken Leuten der Westzonen Kartoffeln und Kohle ins Haus bringen wollten, habe man diese abgenommen.

„Warum fragen Sie dann erst?“

Paris. „Unsere Armee besteht jetzt aus zwei Jahrgängen. Alle anderen Jahrgänge sind entlassen worden“, erklärte der sowjetische Delegierte Wyschinski am Samstag im politischen Ausschuß der UN zu den Forderungen des britischen Delegierten McNeill, die Sowjetunion solle Angaben über ihre Rüstungsstärke veröffentlichen und zu der Behauptung des amerikanischen Delegierten Osborn, die Sowjetunion habe vier Millionen Mann unter den Waffen. Wenn der Vertreter der USA andere Informationen habe, dann sei er falsch informiert und solle sich andere und bessere Mitarbeiter suchen. „Sie fordern genaue Informationen von uns, zitieren doch gleichzeitig genaue Informationen darüber, daß wir vier Millionen Soldaten haben. Wenn Sie es so genau wissen, warum fragen Sie dann erst?“

Keine Kriegsgefahr in Osteuropa

New York. Der Dekan von Canterbury, Hewlett Johnson, hielt eine Ansprache, in der

er für die Sowjetunion Partei ergriff. Er erklärte: „Bei meinem letzten Besuch in den osteuropäischen Ländern habe ich niemals Stimmen für den Krieg gehört. Ebenso wenig habe ich Artikel in der Presse gefunden, oder Rundfunkansprachen gehört, die zum Kriege gegen die USA und die westliche Welt hetzen, wie ich es umgekehrt in der amerikanischen Presse feststellen mußte.“ Er versicherte seine Zuhörer der aufrichtigen Friedensabsichten der Sowjetunion, auch in der Berliner Frage, wo die Sowjets nur auf eine Rückkehr zu den Prinzipien der während und nach dem Kriege abgeschlossenen Verträge bestehen. Hewlett Johnson erinnerte daran, daß die Sowjetunion immer wegen ihrer kleinen Nachbarländer angegriffen würde und erklärte, die derzeitigen Regierungen dieser Länder seien den Völkern nicht von der Sowjetunion aufgezungen, sondern durch einstimmigen Beschluß freiwillig gewählt worden, da sie entschlossen sind, den wesentlichen Bedürfnissen der ihnen anvertrauten Bevölkerungen gerecht zu werden.

Max Reimann

Reale Politik

Dreieinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges treten ernste und weitreichende Entscheidungen an das deutsche Volk heran. Leider müssen wir feststellen, daß die Mehrheit der führenden Persönlichkeiten der politischen Parteien im Westen Deutschlands, deren Pflicht es gewesen wäre, dem deutschen Volke die tatsächliche Lage, in der es sich befindet, vor Augen zu führen, alles getan haben, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den zentralen Problemen abzulenken und sogar eifrig bemüht waren, die Wahrheit über die entscheidenden Vorgänge auf dem Gebiete des politischen Lebens im Westen Deutschlands zu entstellen.

Angesichts der Vorgänge im Parlamentarischen Rat in Bonn kann sich kein klar Denkender und seinem Volke verpflichtet fühlender Deutscher des Eindrucks erwehren, daß die im Parlamentarischen Rat versammelten Politiker in ihrer Mehrheit fremden Interessen dienen. Darum versagen sie in der einen, alle anderen Probleme überschattenden Frage, bei der es um die Erhaltung der deutschen Einheit geht.

Es wäre nützlich, wenn sich jeder einzelne, der eine Verantwortung übernommen hat und bereit ist, sie zu tragen, darüber Klarheit verschafft, daß seine Haltung heute danach beurteilt wird, wie er zu der Frage der deutschen Einheit steht.

Es ist heute eine überall zu beobachtende Gepflogenheit, unnationales Handeln mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß es notwendig sei, Realpolitik zu betreiben und die gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen. Diesen Politikern sel aber gesagt — es gibt nur eine Realpolitik, und das ist die, die sich mit aller Kraft gegen die drohende Gefahr des nationalen Zerfalls stemmt. Es ist an der Zeit, offen auszusprechen: Wer seine Unterstützung dem Werk leiht, das im Parlamentarischen Rat in Bonn geschaffen wird, der gibt seine Unterstützung der endgültigen Zerreißung Deutschlands, der hilft, die Auflösung unserer nationalen Existenz voranzutreiben.

Die Lage unseres Volkes ist eine außerordentlich schwere. Viele Hoffnungen und Erwartungen sind enttäuscht worden, darunter auch solche, die an feierlich erlassene Erklärungen der Alliierten an das deutsche Volk geknüpft wurden. Die materielle Not, die mit furchtbare Strenge auf der Bevölkerung lastet, hat die großen Fragen des politischen und nationalen Lebens in den Hintergrund gedrängt. Aber gerade darum ist es umso dringender, daß wir uns auf die Möglichkeiten

Sitzung des Landesvorstandes

Am Samstag und Sonntag findet eine Landesvorstandssitzung der Kommunistischen Partei Südbadens in Freiburg statt. Beginn Samstagnachmittag 3 Uhr.

besinnen, die uns geblieben sind, um unsere lebensnotwendigen Forderungen nicht nur zu erheben, dieselben vor der Welt nicht nur zu vertreten, sondern auch, und sei es in einem hartnäckigen und schweren Kampf, durchzusetzen. Im Kampf um die Einheit Deutschlands haben sich ganz besonders solche Anschauungen als schweres Hindernis erwiesen, die von der Behauptung ausgehen, das deutsche Volk habe nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes und der Besetzung seines Territoriums keinerlei Möglichkeiten mehr, sein Schicksal selbständig zu gestalten oder auf Entscheidungen außerdeutscher Kräfte wirksamen Einfluß zu gewinnen. Die Behauptung Dr. Schumachers, totaler Sieg — totale Verantwortung, war einer der folgenschwersten Anschläge, die gegen das deutsche Volk gerichtet worden sind. Diese Auffassung Dr. Schumachers hat entscheidend den Willen zur Selbstbestimmung im deutschen Volke gelähmt. Eine Politik der nationalen Selbstaufgabe ist das schlimmste, was unserem Volke widerfahren kann. Man hat uns, die den Kampf um die Einheit Deutschlands als Kardinalfrage jeder deutschen Politik nie aus dem Auge verlieren, vorgehalten, daß es utopisch sei, zu glauben, wir könnten angesichts der Besetzung unseres Landes durch vier Mächte unser Ziel durchsetzen.

Dazu möchte ich sagen: Wir sind der Meinung, daß unser Festhalten an einer gesamtdeutschen Konzeption nicht nur realpolitischer ist als jede Haltung, die von einer Rücksichtnahme auf die Belange und Wünsche einer Besatzungsmacht beeinflusst ist. Wir sind dieser Ansicht, weil wir wissen, daß allein diese Haltung die wahren Interessen des deutschen Volkes beinhaltet, und daß nur sie auf die Dauer eine befriedigende Lösung bringen kann. Realpolitiker ist nur, wer sich auf das Gesunde, das Lebende und Zukunftssträchtige orientiert, und das ist ein national geeintes Deutschland.

Wer seine Politik auf Machtinteressen aufbaut, sei es, daß es sich um nackte Profitinteressen oder um strategische Positionen fremder imperialistischer Interessengruppen handelt, wird Schiffbruch erleiden, weil er sich auf das Kranke, Sterbende, auf das für den Untergang Bestimmte orientiert.

So halten wir auch weiterhin an unserer freigelegten Aufgabe fest, unser Volk über die ihm drohende Gefahren aufzuklären und alles zu tun, um es für die Wahrung seiner lebensnotwendigen Grundlagen in Bewegung zu setzen, um es zu veranlassen, einig und geschlossen seine Stimme für eine gesamtdeutsche Lösung, für eine einheitliche deutsche demokratische Republik zu erheben.

US-Hafenarbeiterstreik dauert an

New York. Im Hafenarbeiterstreik an der Atlantikküste sind sechs Tage nach Beginn des Streiks keine Anzeichen wahrzunehmen, die auf eine Entscheidung hindeuten. Es konnte bisher noch keine Verständigungsbasis für die Wiederaufnahme der Verhandlungen gefunden werden. Die Schiffe, die zur Zeit unterwegs nach New York sind, werden in die Kanadischen Häfen umgeleitet, wo die Fahrgäste selbst ihr Gepäck ausladen müssen.

Deutscher Vertreter zum internationalen Journalistenkongreß

Berlin. Im Auftrage des Berliner Komitês gegen die Kriegshetze wird der Chefredakteur der Zeitschrift „Deutschlands Stimme“, Albert Norden, an dem Kongreß der internationalen Journalistenvereinigungen teilnehmen, der vom 16. bis 18. 11. in Budapest stattfindet. Diese Einladung, die dem deutsche Komitê gegen die Kriegshetze die Möglichkeit geben soll vor einem internationalen Forum Anklage gegen die deutsche Kriegshetzerpresse zu geben, ist darauf zurückzuführen, daß die Kundgebung gegen die Kriegshetzer, die am 27. 10. in Berlin stattgefunden hatte, Widerhall in ganz Europa fand.

Albert Norden erklärte zu der Einladung u. a.: „Zum ersten Mal seit vielen Jahren können die deutschen Journalisten wieder Kontakt mit ihren Berufskollegen aus anderen Ländern herstellen. Besonders wichtig erscheint mir, daß die deutschen Publizisten bei dieser Gelegenheit besonders ihren Willen zu Frieden und Völkerverständigung bekunden können. Das von uns vorgelegte Material wird dazu beitragen, die Hintermänner der Völkerverhetzung bloßzustellen. Die Weltöffentlichkeit soll erfahren, daß diejenigen, die heute gegen die Sowjetunion hetzen, dieselben sind, die für Hitler schrieben. Ich bin überzeugt, daß wir im Kampf für die Erhaltung des Friedens und die demokratische Neugestaltung Deutschlands die Hilfe der demokratischen Journalisten aller Länder finden werden.“

Gleichzeitig

Berlin. In der Berliner Frage könne zu jedem beliebigen Zeitpunkt auf der Grundlage der bereits zweimal erzielten Uebereinkommen eine Einigung zwischen den beteiligten Großmächten erreicht werden, schreibt die „Tägliche Rundschau“. Die sowjetische Einstellung sei bekannt: „Aufhebung der Transportbeschränkungen bei gleichzeitiger Einführung der Währung der sowjetischen Besatzungszone in ganz Berlin.“

Sonderberater für General Koenig

Paris. Die französische Regierung hat sich entschlossen, einen führenden französischen Diplomat, François-Poncet in Sondermission nach Deutschland zu schicken. In Paris politischen Kreisen wird die Auffassung vertreten, daß François-Poncet als Sonderberater des französischen Militärgouverneurs in Deutschland, Generals Koenig, nach Deutschland reist.

Neuer Vermittlungs-Versuch

Paris. Der UN-Vermittler für Palästina, Dr. Bunche, hat den Regierungen von Israel und Palästina ein Memorandum zugehen lassen, in dem die provisorischen Waffenstillstandslinien festgelegt sind, über die hinaus nach dem 19. November keine Truppenbewegungen mehr stattfinden sollen. Das Memorandum sieht folgenden Operationsplan vor: 1. Erststellung vorläufiger Waffenstillstandslinien, 2. Rückzug der Truppen hinter diese Linien, 3. Errichtung eines Ueberwachungsdienstes.

„England muß Unabhängigkeit wiederfinden“

London. Der Labour-Abgeordnete Zilliacus erklärte in einer Rede, Bevin sei „der Gefangenene seines antikommunistischen und antisowjetischen Fanatismus“. Zilliacus forderte, daß die Regierung ihre Unabhängigkeit in der internationalen Politik wiederfinden müsse.

Wahlberechtigt waren am: 15. 9. 46 = 675 930;

Wahl	Datum	Wahlbeteilig.	Gültige Stimmen
Gemeinde	15. 9. 46	83,7	537 794
Kreis	13. 10. 46	67,4	438 939
Landtag	18. 5. 47	67,8	427 824
Gemeinde	14. 11. 48	66,5	463 183
Kreis	14. 11. 48	66,0	442 611

Heute über den Tau

ROMAN VON JACQUES ROUMAIN

Schon lange schien alles eingeschlafen, und nur das Lied wiegte das Schweigen ein — das Schweigen, das nur der Schlaf der Geräusche ist.

Aber die aufgeregte Stimme des Simidors weckte Bienaimé.

„Bienaimé, holla, Bienaimé, ich bringe Neuigkeiten“, sagte er.

Der Alte gähnte, rieb sich die Augen und klopfte seine Pfeife aus.

„Wieder neue Klatschereien, die du mir erzählen willst. Wenn deine Beine so flink wären wie deine Zunge, dann würdest du den Weg von hier nach Port-au-Prince im Handumdrehen machen.“

„Nein, was ich dir sage ist wahr wie der liebe Gott: Saint-Julien ist fortgegangen und Gevatter Loctama auch.“

„Na schön, sie werden schon wiederkommen; das Pferd weiß schon, wie lang seine Leine ist.“

„Aber sie sind ganz richtig fortgegangen. Erstzule, die Madame von Saint-Julien, bestätigt es, daß sie bei Grand Bois über die Grenze gehen wollen, um zu versuchen, im Gebiet von St. Dominique Arbeit zu finden. Das arme Weib weint und klagt. Es wird bald kein Tropfen Wasser mehr in ihrem Körper sein. Saint-Julien hat sie mit sechs kleinen Kindern zurückgelassen. Was soll man auch machen, diese Dürre nimmt einem allen Mut, und es gibt Leute, die sich nicht damit zufriedengeben, einfach umzukommen. Sie verlassen lieber das Land ihrer Väter und suchen das Leben in der Fremde. Und Charité, die Tochter von Sylvina, ist auch fort.“

„Ist ja nicht möglich!“

„Doch, das ist so, und andere werden ihr sicher folgen. Sie ist in die Stadt gegangen. Und wie

Westdeutsche „Konzern-Entflechtung“

Deutsche Monopolisten begrüßen Ruhrgesetz der Militärregierung

Düsseldorf. Die durch das Militärgesetz Nr. 75 bekanntgegebene Neuordnung der Besitz- und Organisationsverhältnisse an der Ruhr hat bei den deutschen Kapitalisten von Kohle und Eisen freudige Überraschung hervorgerufen. Im allgemeinen hält man in diesen Kreisen noch etwas mit dem Urteil zurück, da das Gesetz zunächst nur als Rahmen betrachtet werden soll.

Der Leiter der Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlindustrie nahm kürzlich zur „Neuordnung“ an der Ruhr Stellung und vertrat dabei die Ansicht, daß dieses Gesetz als eine „gute Vorarbeit“ für die weiter zu treffenden Maßnahmen gewertet werden kann.

In den Kreisen des deutschen Großkapitals sieht man die Vorteile des Gesetzes vor allem darin, daß in dem Gesetz angedeutet wird, daß die Möglichkeit einer vertikalen Gliederung, also einer Zusammenfassung und einer Verbandswirtschaft von Kohle und Eisen gegeben ist. Lebhaft begrüßt wird auch der

Hinweis, daß bei den neuen Gesellschaften Größenordnungen vorgesehen sind, die die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigen, d. h. es sollen wieder dieselben Trusts und Konzerne geschaffen werden, deren Entflechtung man 1945 so lebhaft propagierte. Der Beschluß des Landtages von Rheinland-Westfalen, den Kohlenbergbau in die Hände des Volkes zu überführen, halten die Herren wohl schon für hinfällig.

Gerade diese Punkte, die in der Stellungnahme deutscher Kapitalisten zu dem Gesetz über die Neuordnung der Besitz- und Organisationsverhältnisse an der Ruhr positiv bewertet werden, unterliegen in der Meinung des Auslandes einer scharfen Kritik. Die „Washington-Post“ hält die britisch-amerikanische Maßnahme sowohl politisch als auch zeitlich gesehen für unklug. Nach Ansicht des Blattes müsse die Ruhr, die stets die Hilfsquelle des deutschen Militarismus war, Deutschland in den Augen seiner Nachbarn immer als Gefahr erscheinen lassen.

Illusionen für „Jedermann“

Großhandel legt Wert auf 40 bis 50 Prozent Gewinn

Bekanntlich wurde vor einiger Zeit in der Bizone das sogenannte „Jedermann-Programm“ gestartet, angeblich um Waren zu für „Jedermann erschwinglichen Preisen“ auf den Markt zu bringen. Wir haben schon zu wiederholten Male darauf hingewiesen, daß damit lediglich Illusionen im Volk erweckt werden sollen und dieses Programm ebensowenig ernst genommen werden kann, wie alle Prophezeiungen über sinkende Preise. So sind z. B. in diesem Programm für die Herstellung von Bekleidungsstücken ganze 500 Tonnen Baumwolle für einviertel Jahr vorgesehen, d. h. noch keine 20 Prozent der verfügbaren Baumwolle, der Rest geht in die „freie Wirtschaft“.

Bei Schuhen kann nur ein Drittel der Produktion im Rahmen dieses Programms abgegeben werden, weil sich der Großhandel weigert, für eine größere Menge mit der Handelsspanne, die bei Schuhen zwischen 20 und 25 Prozent liegt, zufrieden zu sein. Der Großhandel legt Wert auf die durch die freien Preise garantierten Gewinne von 40 bis 50 Prozent.

Außerdem, wer gibt bei einem solchen Wirt-

schaftsdualismus die Garantie, daß diese geringe „Jedermannsware“ nicht von gerissenen Schiebern und Spekulanten auf den schwarzen Markt verschoben wird.

Auch aus diesem Programm wollen die Unternehmer die höchstmöglichen Profite erzielen. So wurde kürzlich den zuständigen Frankfurter Wirtschaftsstellen von einer Herenschneiderfabrik aus Wipperfurth ein Angebot über die Lieferung von 10 000 Anzügen zum Preise von 62,50 bis 73,25 DM unterbreitet. Durch einen Vertreter des Fachausschusses in Frankfurt wurde die Firma darauf aufmerksam gemacht, daß diese Preise Schleuderpreise seien und 8 bis 10 DM unter den anderen Firmen lägen. Es sei üblich, auf den Stoffpreis 180 Prozent aufzuschlagen und man solle sich für die Zukunft die Preise nicht verderben. Die Firma versicherte demgegenüber (und wir glauben es ihr gerne) daß sie ihre Verdienstspanne sehr gut bemessen habe und bei schärferer Kalkulation sogar noch billiger liefern könnte. Der Vertreter des Fachausschusses schlug dann vor, das Angebot von 10 000 auf 150 bis 200 Anzüge zu ermäßigen.

Die Wahlentwicklung in Südbaden

Die Stimmen für die KP bei den Kreisratswahlen

Die Tabelle zeigt: in der 1. Spalte die Ergebnisse der 2. Spalte die der Landtagswahlen vom 18. 5. 47, in der 3. Spalte die Differenz zum letzten Sonntag, in der 4. Spalte die Differenz der Anzahl der Sitze in den Kreistagen 1946

	1946	1947	Differenz
Bühl	1370	1299	-104
Donauschingen	1161	1204	+43
Emmendingen	1644	1424	-220
Freiburg	4157	3563	-594
Stadt u. Land	1335	1242	-93
Kehl	3831	3888	+57
Konstanz	1857	1597	-260
Stadt u. Land	4286	4290	+4
Labr	716	815	+99
Lörrach	745	666	-79
Müllheim	3363	31703	+2837
Neustadt	26706	4997	-21709

nisse der Kreistagswahlen vom 13. 10. 46, in der 5. Spalte die der Kreiswahlen im Vergleich zu den Landtagswahlen, in der 6. Spalte die Differenz zum letzten Sonntag, in der 7. Spalte die Differenz der Anzahl der Sitze in den Kreistagen 1946

	1946	1947	Differenz
Offenburg	2066	1747	-319
Rastatt mit	3154	2748	-406
Baden-Baden	1220	1224	+4
Säckingen	1063	893	-170
Stockach	864	903	+39
Ueberlingen	1604	1575	-29
Villingen	1632	1646	+14
Waldshut	928	979	+51
Wolfach	3363	31703	+2837

13. 10. 46 = 674 159; 18. 5. 47 = 694 953;

In den Gemeinden wurden Listen aufgestellt:

	CDU	SPD
Stimmen	286 088	3687
Sitze	53,2	75 111
%	60,4	77 143
Stimmen	265 045	257
Sitze	60,4	66
%	55,9	95 829
Stimmen	239 312	34
Sitze	55,9	13
%	22,4	96 947
Stimmen	199 607	2704
Sitze	43,0	636
%	20,9	218 196
Stimmen	206	49,3
%	113 440	102
%	25,6	

14. 11. 48 = 757 711; das sind gegenüber der

CDU: 604; SPD: 268; DP: 168; KP: 137.

	CDU	SPD	DP	KP
Stimmen	44 745	206	8,3	32 093
Sitze	63 118	56	14,4	33 633
%	60 980	9	14,3	31 703
Stimmen	62 914	450	13,5	20 678
Sitze	84 269	77	19,1	26 706
%	6,0			

Pressestimmen

Kriegsgeschrei wirkungslos

Seit Wochen versucht man in England mit allen Mitteln moderner Beschwörung Ueberredung und Unterhaltung die Territorial-Armee auf einen höheren Stand zu bringen, ohne jedoch, wie die Zürcher „TAT“ berichtet, Erfolge zu erzielen. Die Engländer lassen sich eben nicht so leicht von der Kriegshysterie ins Bockshorn jagen. Die „TAT“ schreibt:

„Während einer Woche redeten sich allein in der Londoner City sieben Minister und Feldmarschälle, darunter Montgomery und Tedder, die Kehlen heiser, um die nötigen Freiwilligen herzulockern. Als das Ergebnis bekannt wurde, drehte sich Lord Kitchener in seinem Marmorgrab in St. Paul's um 200 Mann hatten sich gemeldet... Tiefen Eindruck machte allerseits auch das Resultat des Villenvororts Woking in Surrey. Nach einem Propagandatrommelfeuer, das aus Werbekonzerten, Ausstellungen, Schaufensteraktionen, öffentlichen Appellen und Umzügen der British Legion bestand, meldete sich unter allgemeiner Anteilnahme ein einziger Rekrut. Woking zählt 45 000 Einwohner. Da Woking bereits 15 Mann (Offiziere und Mannschaften) „im Felde“ stehen hat, besteht dort kein Grund zur Aufregung. Anders lag die Sache auf der Westseite der Insel. Dort hatte man allen Grund, zu frohlocken, denn nach einer sechsmonatigen Nonstop-Propagandaoffensive gelang es dort, 40% des erhofften Bestandes zusammenzutrommeln. Dank diesem Getreuen und dem ein Mann von Woking besteht die englische Territorialarmee nun glücklich aus 55 306 Mann. Eigentlich sollten es 150 000 Mann sein. Aber die anderen sind wegen der Werbekonzerte, Ausstellungen, Appelle und Umzüge unabhkömmlich.“

Schwieriger Winter für Westdeutschland

„Der Bankrott einer verfehlten behördlichen Wirtschaftsführung wird Westdeutschland einen neuerlichen Hungerwinter bescheren“, schreiben die „Basler Nachrichten“ und berichten u. a.:

„In München gibt es wieder Schlangen vor den Brotläden. Die Metzger sind seit vielen Wochen offiziell ohne Fleisch, doch bekommt man es im Schwarzhandel in beliebigen Mengen, aber zu exorbitanten Preisen. Butter, Fett und Eier sind sogar auf dem Schwarzen Markt Raritäten geworden. Dafür riecht es jetzt überall nach frisch geröstetem Kaffee, der in den Läden zu 12 DM pro Pfund in zweifelhafter Qualität zu haben ist; der Schwarzhandel verkauft zum gleichen Preis gute Sorten.“

Das sind einige Schnapsschüsse aus den Tagen des Winterbeginns. Doch wäre die Darstellung unvollständig ohne die Erwähnung, daß nach langer Zeit wieder einmal der elektrische Strom vor- oder nachmittags allgemein abgeschaltet wird. Alle Charakteristika deutscher Wintermonate sind wieder-gekehrt, die das Leben seit dem Zusammenbruch zur unerträglichen Misere machen. Ein grausames Erwachen aus den vielen Hoffnungen, mit denen die Währungsreform in Westdeutschland vorbereitet, eingeleitet und beendet wurde... Dem Normalverbraucher bleibt nur der Ausweg, den Riemen enger zu schnallen, wobei gleichgültig ist, ob ihm der Riemen durch die Rationierung und Kalorien-zuteilung oder durch die Preissteigerungen enger geschnallt wird.

letzten Wahl 62 758 Wahlberechtigte mehr.

	Freie Listen	Ohne Listen
Stimmen	68 818	1723
Sitze	12,8	25 601
%	119	4,8
Stimmen	64 265	1443
Sitze	13,9	18 772
%	781	4,2

wird sie da enden? In Sünde und schlechten Krankheiten. Aber besser häßlich als tot, sagt das Sprichwort. Und wir werden alle sterben, wenn das so weitergeht. Für mich verlange ich nichts mehr: ich bin alt, ich habe mein Leben gelebt. Und wozu noch leben, wenn ich nicht mehr meine Trommel umhängen und mit meinem Gesang die Arbeit anführen kann und hinterher meinen Teil Clairin trinken? Ich war dazu geboren — mit Fingern wie Trommelschlegel und einem Nest voll singender Vögel statt des Gehirns. Also, frag ich dich, wozu leb ich noch? Meine Rolle ist ausgespielt.“

Er hatte ein bißchen getrunken, der gute Simidor, und nun hatte er das heulende Elend.

„Jesus Maria!“ seufzte Dékira, „wenn die Jungen fortgehen, wer soll dann unsere alten Knochen begraben, damit sie am Tage des jüngsten Gerichts beisammen sind zwischen Satan und dem Himmlischen Vater?“

„Mach mich nicht verrückt, Dékira“, knurrte Bienaimé. „Und der liebe Gott wird böse werden, wenn er hört, wie du seinen Namen für ein Ja und ein Nein mißbrauchst.“

Er wendete sich zu Antoine.

„Man muß sie am Fortgehen hindern. Unser Boden hat uns Generationen hindurch ernährt. Er ist noch gut, er braucht nur ein bißchen Wasser. Sag ihnen, daß Regen kommen wird; sie sollen nur noch ein Weilchen Geduld haben. Nein, besser, ich spreche selber mit ihnen.“

Es fragt sich nur, ob die Bauern auf Bienaimé hören würden. Sie waren gemästet mit Elend, sie konnten nicht mehr. Die Vernünftigen verloren den Kopf, die Stärksten brachen zusammen. Und die Schwachen ließen sich fallen — komme, was mag, sagten sie. Sie lagen düster und schweigend vor ihren Hütten auf der Matte, wälzten ihre

trüben Gedanken in sich herum und hatten alle Willenskraft verloren. Andere gaben ihren letzten Centime für Clairin aus, den sie bei Florentine, der Frau des Feldpolizisten, kauften, oder sie nahmen auf Kredit, was ihnen früher oder später schlecht bekommen mußte. Der Alkohol gab ihnen eine trügerische Kraft, einen kurzen Hoffnungsschimmer, ein Vergessen für den Augenblick. Aber sie erwachten mit wüstem Schweiß, mit ausgetrocknetem Mund, das Leben schmeckte ihnen wie Erbrochenes, und sie hatten nicht das kleinste Stückchen Pökelfleisch, um den Magen wieder in Ordnung zu bringen.

Fonds Rouge löste sich in Stücke auf, und die einzelnen Stücke waren seine Bauern, diese tüchtigen und arbeitsamen Neger — war das nicht schade?

„Manuel, wo steckt denn Manuel?“ rief Bienaimé.

„Er ist fortgegangen“, antwortete Dékira.

„Immer fortgehen, immer draußen sein, immer in den Bergen herumlaufen. Er benimmt sich wie ein Entspringener, dein Junge, Dékira.“

„Er ist auch dein Junge, Bienaimé.“

„Widersprich mir nicht; diese Neigungen da muß er von dir haben.“

„Ja, weil du schon so ganz fehlerlos bist...“

„Das sage ich nicht, das wäre Prahlerei.“

„Es gibt solche Menschen“, sagte der Simidor, „ihre Hintern ist leicht wie ein Papierdrache, sie können nicht auf einem Fleck sitzenbleiben, aber sie können nichts dafür.“

Dékira war in Zorn geraten. Das kam selten vor, aber dann richtete sie ihren hageren Körper hoch auf und erschien sehr groß; sie erhob nicht die Stimme, sie blieb ruhig und gesetzt, aber ihre Worte nahmen einen schneidenden Klang an.

„Also so ist das: ich bin eine Herumtreiberin gewesen, ich habe nicht jeden Tag meines Lebens für dich gearbeitet von Sonnenaufgang bis in die tiefe Nacht. Ich habe nichts getan als singen und tanzen. Die Not hat sich nicht in mein Gesicht eingeritzt, sie meine Falten, — die Not hat mich nicht geschunden, sie meine Hände, — die Not hat mich nicht ausgeblutet, — ach, wenn du nur in mein Herz sehen könntest.“

Du aber, du bist ein Mann ohne Fehler, ein ganz besonderer Mann, ein Mann, dem sich keiner vergleichen kann. Da muß ich nur dem lieben Gott danken, daß eine so unbedeutende Person wie ich die Frau eines solchen Mannes sein darf.“

„Schon gut, genug, ich sage: genug, Frau, meine Ohren haben genug. Komm, Antoine, wir wollen gehen und sehen, was los ist.“

Dékira, die ihnen nachsah, schüttelte den Kopf und lächelte. Ihr Zorn hatte sich gelegt.

„Ach, Bienaimé, ach, mein armer Alter“, murmelte sie.

Ihre Gedanken kamen gleich wieder auf Manuel zurück: „Was kann er wohl in den Bergen suchen? Vielleicht einen Schatz?“ Es kam ihr plötzlich in den Sinn: „Die weißen Franzosen hatten hier herum gewohnt, man sah noch da und dort Reste von ihren Indigofabriken. Und hieß es nicht, daß in Boucan Corail einer ganz zufällig beim Umgraben seines Gartens einen Topf mit Geldstücken gefunden hatte? Wie hieß doch schon der Bauer? Ach was, ich hab's vergessen, aber die Sache selbst ist wahr, und Bienaimé hat eins von den Geldstücken gesehen, es war sehr groß und schwer; ein Italiener in der Stadt hatte das Ganze für einen hohen Preis gekauft, und der Bauer, wie hieß er doch schon? Ach ja, Ciriaque hieß er, Ciriaque hatte bei Mirebalais viel Land erworben und war ein großer Besitzer geworden.“

(Fortsetzung folgt!)

„Ihre Akten sind noch nicht zur Stelle“

Kriegsbeschädigter muß monatelang auf Weiterzahlung der Rente warten

Den 12. 11. 48.
 Sie nehmen sich, wie ich aus Ihrer Zeitung feststelle, in dankenswerter Weise Fällen von untragbarer Härte gegen Kriegsversehrte an. Es ist verwunderlich und gleichzeitig sehr anzuerkennen, daß Sie dies als die einzige Zeitung tun, während fast alle anderen Blätter, anstatt dieses traurigen Kapitels von oft nicht zu beschreibender Willkür und Rücksichtslosigkeit gegen den kriegsversehrten Menschen ebenfalls aufzurollen, es nicht für nötig befinden, nein, im Gegenteil oft noch lustig in das Behördenhorn stoßen.
 Mein Mann ist Schwerkriegsbeschädigter mit Beinshaden, verzog anlässlich im Mai dieses Jahres unserer stattgefunden Verheiratung aus dem württembergischen Teil der französischen Zone nach Waldshut. Bis zum Eintreffen seiner Zuzugsgenehmigung, die drei Monate auf sich warten ließ, stockte zunächst einmal jede Rentenzahlung. Das Kriegsversehrtenfürsorgeamt Freiburg weigerte sich konstant, vor dem Nachweis der Zuzugsgenehmigung auch nur einen Pfennig zu zahlen. Wir warteten also den Zuzug ab, und als dieser eintraf, wendeten wir uns erneut mit der Bitte um Auszahlung an Freiburg. Freiburg setzte nun wohl die Höhe der herabgeminderten Rente fest, verzog aber ohne jede weitere Erklärung wieder Monate lang mit der Auszahlung derselben. Erneute Appellationen und Vorstellungen hatten schließlich den Erfolg, daß mein Mann zur ärztlichen Untersuchung beordert wurde, wobei ihm zugesichert wurde, daß die leidige Rentenzahlung nun schleunigst in die Wege geleitet werde. Wir warteten — und hungerten. Vergeblich! Auf wiederholte dringende Bittgesuche endlich der lapidare Entscheid: „Ihre Akten sind noch nicht zur Stelle — gehen Sie zum Wohlfahrtsamt!“ Wir gingen nicht zum Wohlfahrtsamt, sondern hungerten und warteten weiter. Daß sich mein Mann inzwischen erfolglos um eine Anstellung bemühte, um die Wohlfahrt nicht in Anspruch zu nehmen, braucht hier nicht gesagt zu werden. Jedenfalls lebten wir seit dem sechsten

Monat der Rentenverzögerung von der Luft, nachdem die Kopfquote, der Rest unseres einst sauer ersparten Vermögens, aufgezehrt war. Es kamen Tage, an denen wir weder ein Stückchen Brot zu essen, noch das portopflichtige Dienstschreiben des Versehrtenamtes — denn selbstverständlich schreibt das Kriegsversehrtenfürsorgeamt nur portopflichtig für den kriegsversehrten Empfänger! — bezahlen konnten. Als wir uns das Porto irgendwo gepumpt hatten, um das Schreiben einzulösen, enthielt dieses nicht etwa die Mitteilung, daß die Rente nun endlich angewiesen sei, sondern die erschütternde Nachricht, „daß Ihre Akte bei uns noch nicht vorliegt! Zu Ihrer Orientierung! Gehen Sie, wenn Sie in Not sind...“
 Mein Mann steht nun im achten Monat seines fruchtlosen Wartens auf seine Rente —

und wir leben weiterhin von der Luft. Luft ist auf die Dauer ein sehr unkomplexer Nahrungstoff, wie Sie zugeben müssen, bleibt meinem Manne und mir also nur die Alternative, weiterhin von der Luft zu leben oder uns einen handfesten Strick zu suchen und ...

Ich sähe aus begrifflichen Gründen allerdings viel lieber den sich hinter seiner dickhäutigen Würstigkeit und Rücksichtslosigkeit verschanzenden Rentenbürokraten an diesem Stricke hängen! Das können Sie mir wohl glauben!

Haben unsere Männer, die sich mit ihren zerschossenen Knochen den Dank des Vaterlandes erhinken und erbetteln müssen, nicht etwas anderes verdient, als diese rücksichtslose Behandlung, die schließlich noch mit dem Gang zum Wohlfahrtsamt enden muß?

Ist das „Demokratie“?

Es ist eine alte demokratische Forderung, daß an den Volksschulen Vertreter der Elternschaft zur Mitbestimmung und Kontrolle herangezogen werden. Nun steht im Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 32 eine vom Ministerium des Kultus und Unterrichts unterzeichnete Bekanntmachung über die Organisation von Elternbeiräten für die Volksschulen. Gewiß sind die Eltern damit einverstanden. Oder rieht das Wort „räte“ schon zu „kommunistisch“? Keine Angst, unser Ministerium hat vorgesorgt. Hören wir seine Anordnung:

„Dem Beirat gehören an: 1. der Leiter des Schulamts... 2. drei, in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern sechs, vom Vorsitzenden im Benehmen mit dem Bürgermeisteramt zu berufende (!) Elternvertreter...“
 Wie? Ja, man muß es zweimal lesen. ... vom Vorsitzenden zu berufende Vertreter...
 Nichts zu machen. So steht es da, unanfechtbar, schwarz auf weiß.
 Wir dachten bisher zwar, daß eine Eltern-

vertretung eigentlich die Eltern vertreten sollte, d. h. daß sie das Vertrauen der Eltern besitzen, also von diesen gewählt werden müsse. Aber das „demokratische Ministerium weiß es besser! Es beruft die Elternvertreter!“ Das ist Demokratie! Wer's nicht glaubt zahlt einen Taler und ist außerdem ein böser Kommunist.

Aber was sagen die Eltern selber zu dieser ihrer (?) Vertretung? Werden sie dieses „demokratische“ Geschenk mit untertänigstem Augenaufschlag dankend hinnehmen? Oder werden sie entrüstet protestieren und fordern:

„Wenn Elternvertretungen für die Schule geschaffen werden, dann sind es wir, die Eltern selber, die unsere Vertreter bestellen, zu denen wir Vertrauen haben, und niemand anders!“

Und was sagt die Vertretung des Volkes, der Landtag, zu dieser neuartigen Auslegung des Wortes „Demokratie“ durch seine Regierung?

Bizonessische Exportschwierigkeiten

Export an Fertigwaren ungenügend

Die Ausfuhr von Rohstoffen aus der Bizone hemmt nicht nur die Entwicklung der Produktion, sie hemmt auch den echten Export, den Export von Fertigwaren, welcher der Struktur der deutschen Wirtschaft entsprechend zur Rohstoffausfuhr gerade im umgekehrten Verhältnis stehen müßte, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Was an Holz, Kohle, Schrott usw. exportiert wird, sind eigentlich die Maschinen, Werkzeuge, Möbel, die zunächst einmal nicht in Deutschland hergestellt werden und daher auch nicht exportiert werden können. Auch der gestiegene Anteil der Fertigwaren am Export ist vollkommen ungenügend, von keiner Seite wird das bestritten. Es hieße zuviel von der kapitalistischen Welt verlangen, wenn auch nur der geringe deutsche Export überall mit Freuden begrüßt würde.

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete, daß vier große englische Zeitungen im August d. J. eine deutsche Werkzeugfabrik des Dumping-Exports bezichtigt hätten. Es handelt sich dabei um einen Auftrag über 300 000 Paar Häckselmesser, den die Remscheider Firma Gebrüder Busatis aus Indien erhalten hat. Der Abschluß erfolgte auf einer Preisbasis von 1 Schilling 6 Pence je Paar. Die englische Konkurrenzfirma in Birmingham behauptet, durch dieses Geschäft für 2 Jahre aus dem indischen Geschäft verdrängt worden zu sein. Sie habe außerdem, da sie selbst beträchtliche Lieferungen für den Auftraggeber übernommen und zu diesem Zweck einen besonderen Betrieb mit 30 Mann eingerichtet habe, auf einen Schlag 10 000 Pfund Sterling verloren und müsse die Arbeiter wieder entlassen. Ihr Preis belaufe sich auf 4 Schilling 6 Pence für ein Paar Häckselmesser, also auf das Dreifache des deutschen Preises. Der von der deutschen Firma verlangte Preis decke in England nur die Kosten für den Stahl. Es handele sich um den ersten Fall, daß eine britische Firma einen Auftrag an einen deutschen Konkurrenten verloren habe. Das

Unterhaus und die britischen Industrie-Organisationen müßten gegen diese Geschäfte Stellung nehmen.

Bei den Nachforschungen, wie dieser Fall wirklich liegt, stellte sich heraus, daß es sich bei dem bemängelten Abschluß zwar um den ersten, schon im Jahre 1946 zustande gekommenen Nachkriegsauftrag des indischen Abnehmers an die deutsche Firma handelt, daß diese aber bereits seit 20 Jahren dorthin lieferte. Der Devisenpreis ist nicht von der deutschen Firma festgesetzt, sondern zwischen der britischen Kontrollkommission in Minden (der Vorgängerin der JFIA) einerseits und einer amtlichen indischen Einkaufsmission ohne Beteiligung der Firma ausgehandelt worden. Die deutsche Firma versuchte 1½ Jahre lang, sich der Ausführung des Auftrags zu entziehen, weil sie mit diesem Preis nicht auskommen kann und dabei beträchtliche Verluste erleidet.

Die „Frankfurter Rundschau“ stellte fest, daß der Vorwurf des Dumping-Exports (Export zu weit herabgesetzten Preisen, meist mit Verlust, um Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen) die deutsche Firma nicht treffen könne. Auch der Vorwurf, die deutsche Firma habe eine englische aus dem indischen Markt verdrängt, sei unberechtigt, da das deutsche Werk das Häckselmessergeschäft mit Indien schon seit Jahrzehnten betriebe, während der englische Betrieb erst neuerdings auf diesem Markt aufgetreten sei.

Ueber die letztere Feststellung wird allerdings die Meinung geteilt sein. In der Regel wird es so sein, daß an den meisten Türen, wo der deutsche Exporteur (wenn er erst mal soweit ist) anklopft, „besetzt“ geschrieben steht. Sein Hinweis, früher schon einmal dagewesen zu sein, wird bestenfalls mit einem mitleidigen Lächeln quittiert werden. Es gibt in dieser Sphäre keine „wohlerworbenen Rechte“. Und es wird nicht allein der Preis und die Qualität sein, die das Geschäft machen.

Sofort-Zahlung bei Viehverkäufen

Freiburg. Bei Abgabe von Schlachtvieh für den zivilen Sektor ist jeder Landwirt berechtigt, zu verlangen, daß das Vieh beim Verlassen des Stalles, spätestens aber vor dem Verladen gewogen und klassifiziert wird. Viehpreis und Nüchterungszuschlag sollen vereinbart werden und die Zahlung sofort erfolgen. Für die Klassifizierung werden Kommissionen gebildet, deren Zusammensetzung bei Verkäufen ab Stall der Gemeinde überlassen bleibt. Soweit an der Verladerrampe klassifiziert wird, werden die Kommissionen ernannt. Veröffentlichung der jetzt gültigen Viehpreise erfolgt in der Fachzeitung. Das bisher für den Viehhandel bestehende Festkaufverbot ist aufgehoben worden.

Verfall von Bezugscheinen und Abschnitten der Lebensmittelkarten

Freiburg. Alle vor dem 1. Oktober 1948 für Lebensmittel ausgestellten Großbezugscheine, Bezugscheine A und B verfallen mit sofortiger Wirkung und dürfen weder beliefert noch umgetauscht werden. Dies gilt auch für Bezugsnachweise, die vom Abnehmer bereits an den Vorlieferanten weitergegeben und von diesem bisher ganz oder teilweise nicht beliefert werden konnten, und für alle Lebensmittel- und Zusatzkarten, die vor dem 1. 10. 1948 ausgegeben wurden, außer derjenigen für den Monat Oktober 1948.

Steuerhinterziehung als System

Düsseldorf. Nach einer Erklärung des Vorsitzenden der Gewerkschaften der britischen Zone, Dr. Böckler, ist die Steuerhinterziehung heute genau so zum System geworden wie die Warenhortung vor der Währungsreform. Während der Anteil am Lohn- und Einkommensteueraufkommen bis zur Währungsreform von der Lohnsteuerseite her zu drei Siebteln getragen wurde, ist heute das Lohnsteueraufkommen weitaus höher als das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer.

Von April bis August dieses Jahres sind die Umsätze in der britischen Zone um 46 Prozent, die Einzelhandelsumsätze sogar um 52 Prozent gestiegen. Das Einkommen an Umsatzsteuer hat sich dagegen nur um vier Prozent erhöht. Besser als durch diese Zahlen kann die Benachteiligung der Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber der heute schon zum wesentlichen Bestandteil der „freien Wirtschaft“ gewordenen Steuerhinterziehung der Besitzenden nicht dokumentiert werden.

Wirtschaftsschäden infolge Verkehrssperre

München. Aus amtlichen Mitteilungen geht hervor, wie schwerwiegend sich die Sperre der Westmächte für Waren aus und nach der Ostzone für die bayerische Wirtschaft auswirkt. Bisher wurden Waren im Werte von 3 Millionen Mark monatlich ausgeführt. Vergangenen Monat konnten dagegen nur für eine Million Mark Waren ausgeführt werden. Bei der Wareneinfuhr wirkt sich die Sperre noch ungünstiger aus. Der Einfuhr von Waren für 4 Millionen Mark pro Monat im ersten Halbjahr 1948 steht eine solche von nur 500 000 Mark im Monat September gegenüber. Die Betriebe, die bisher Erzeugnisse aus der Ostzone weiterverarbeiteten, stehen vor ihrer Stilllegung.

Frankfurt. Zu den Strombeschränkungen in den westlichen Besatzungszonen, die zum Teil 30–50 Prozent betragen, erklärten Hamburger Sachverständige, die Auswirkungen dieser einschneidenden Maßnahmen könnten nur überwunden werden, durch den Neubau bzw. die Erweiterung von Elektrizitätswerken. Allerdings mache sich hier die Sperre der Westmächte für die Einfuhr von Waren aus der Ostzone sehr hemmend bemerkbar, weil die meisten Werke, die die Einzelteile zur Ausstattung der zu erbauenden Werke lieferten, wie AEG und Siemens, in der Ostzone oder im sowjetischen Sektor von Berlin lägen.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN
 Redaktion: (7b) Offenburg, Metzgerstraße 1
 Telefon 1874. Telegramm-Adresse Neutag Offenburg
 Chefredakteur: Dr. Karl Bittel (Frankf.)
 Verantwortlich: H. Jerrtrup

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto.
 Verlag: Südwest-Verlag e. G. m. b. H., (7b) Offenburg
 Hauptstraße 115, Postfach 361, Fernruf 2207
 Erscheint dienstags, donnerstags und samstags
 Bezugspreis monatlich 2.— DM, Postabon. 2.20 DM.
 Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

Wahl der Stadträte der Stadt Freiburg i. Br.

Bei der am 14. November 1948 stattgefundenen Wahl der Stadträte der Stadt Freiburg i. Br. wurden 38 495 Stimmen abgegeben. Davon waren 2045 Stimmen ungültig. Nach dem vom Gemeindevwahlausschuss festgestellten Ergebnis entfallen auf:

Liste Nr.	Partei	Stimmen	Sitze
1.	Demokratische Partei Süd- u. Mittelbaden	15 701	11
2.	Christlich-Demokratische Union Baden, Stadtkreis Freiburg i. Br.	12 192	8
3.	Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Land Baden, Ortsverein Freiburg i. Br.	2 283	1
4.	Kommunistische Partei, Land Baden, Kreis Freiburg i. Br.	821	1

- Es sind somit auf die Dauer von 4 Jahren als Stadträte gewählt:
1. Demokratische Partei Süd- u. Mittelbaden, Ortsverein Freiburg/Br.:
 1. Schemenau Otto Karl, Bürgermeister i. R., Zäsiusstraße 45
 2. Albrecht Friedrich, Eisenwarenhändler, Schwimmbadstraße 30
 3. Litterst Karl, Oberstudiendirektor, Falkensteinstraße 17
 4. Menges Georg, Bürgermeister i. R., Goethestraße 53
 2. Christlich-Demokratische Union Baden, Stadtkreis Freiburg i. Br.:
 1. Dichtel Anton, Kaufmann, Bärenweg 12
 2. Fleig Dr. Paul, Ministerialdirektor, Zäsiusstraße 28
 3. Streng Richard, Bürgermeister, Mazarstraße 8a
 4. Lips Josef, Zimmermeister, Habsburgerstraße 21
 5. Zeller Ernestine, Geschäftsinhaberin, Eschholzstraße 88
 6. Weber Hans, Dipl.-Kaufmann, Dreismstraße 5
 7. Lehr Albert Maria, Dipl.-Ing., Lindenmattenstraße 27
 8. Knobel Richard, Gewerkschaftssekretär, Almendweg 2
 9. Kopf Dr. Hermann, Rechtsanwalt, Vaubanstraße 16
 10. Rohrer Franz, Buchschwerfdrucker, Erbprinzenstraße 3
 11. Schüler Karl Friedrich, Land- und Gastwirt, Basler Landstr. 87
 3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Land Baden, Ortsverein Freiburg i. Br.
 1. Ruh Robert, Schreinermeister, Stühlingerstraße 8
 2. Glockner Karl, Lagerverwalter, Haslachstraße 87
 3. Gotthardt Dr. Walter, Rechtsanwalt, Stadtstraße 28
 4. Soch Emma, Hausfrau, Prelau 25
 5. Thoma Karl, Glasermeister, Habsburgerstraße 46
 6. Kappes Peter, Buchdrucker, Richard-Wagner-Straße 3

7. Breitenbach Heinrich, Gewerkschaftssekretär, Eisenbahnstraße 38
8. Riemensperger Dr. Alfred, Hauptlehrer, Leiter der Volkshochschule, Blasiusstraße 16

4. Kommunistische Partei, Land Baden, Kreis Freiburg i. Br.:
 1. Müller Alfred, Schreiner, Kybfelsenstraße 17a.
 Jeder Wahlberechtigte oder jeder, der sich für wahlberechtigt hält, ferner jede politische Partei kann Einspruch gegen das Wahlergebnis einlegen, falls Unregelmäßigkeiten in den Wahlhandlungen geltend gemacht werden, die geeignet sind, das Wahlergebnis zu beeinflussen. Der Einspruch ist innerhalb von 8 Tagen nach der Veröffentlichung des Wahlergebnisses an der Gemeindevwahlausschuss schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei der Staatsaufsichtsbehörde zu erheben. Der Gemeindevorsteher als Gemeindevwahlleiter.

Offenlegung der Urliste für die Schöffen- und Geschworenwahl

Die Urliste für die Stadt Freiburg i. Br. liegt vom 18. November bis 23. November 1948 beim Statistischen Amt, Eisenbahnstraße 48 III, Zimmer 1, während der Dienstzeit und sonntags von 9–13 Uhr, zur Einsichtnahme auf. Einsprüche und Ablehnungsanträge sind bis zum 24. November 1948 schriftlich beim Statistischen Amt, Abt. VI, Eisenbahnstraße 48, einzureichen.
 Freiburg i. Br., November 1948. Das Bürgermeisteramt.

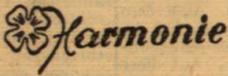
Illustrierte Briefmarken - Post

Die führende Zeitschrift für Post- und Briefmarkenkunde. Sie vermittelt bestes und wertvolles Wissen der Briefmarken- und Postkunde von bleibendem Wert. Sie ist zweifarbig bedruckt und erscheint monatlich einmal zum Preis von 50 Pfennig je Heft.

Zu beziehen durch den Südwest-Verlag Offenburg, sowie durch sämtliche Geschäftsstellen von „UNSER TAG“

Transporte aller Art
 schnell - zuverlässig - billig
Rote Radler
 nur Freiburg, Gerberau 30

Reparaturen von Taschen- und Armbanduhren, auch Zylinderreparaturen werden laufend angenommen
Alfred Zeller
 Pforzheim, Genossenschaftsstraße 10

Heirat
 Weihnachten allein?

 Das Großinstitut für Ehenbahnung hilft. Auskunft durch die Filialen:
 Freiburg, Falkensteinstraße 26;
 Offenburg, Emil Göttel-Straße 8.

 **Wo Zucker fehlt verwendet man**
DOUXAN
 den neuen künstlichen Süßstoff
 auch für Diabetiker geeignet
 10fach-450fach-1000fach
VIS-WERK DURMERSHEIM

Geldmarkt
 Selbständiger Handwerksmeister und Geschäftsmann sucht dringend 1500 bis 2000 DM. gegen 10% Zinsen und Sicherheit. Angebote erbeten unter 32-3084 U. T. Offenburg, Postfach 361.

 Wenn **Büdo** auf der Dose steht, ist's Qualität!
Büdo-Schub- und Bodenpflege

AUS UNSERER HEIMAT

Freiburg — Emmendingen — Müllheim

Redaktion des Heilmattels: Freiburg,
Schwabentorstraße 1, Telefon 2233
Verantwortlich: Hermann Ziehm

Wahlergebnisse aus Freiburg

Das Gesamtergebnis der Stadtratswahl lautet:

Wahlberechtigte	62 806
Abgegebene Stimmen	38 495 (61 %)
Ungültige Stimmen	2 045

Davon entfielen auf:

KP	2 283 (6,3 %) Sitze: 1
SPD	12 192 (33,4 %) Sitze: 8
DP	6 274 (17,2 %) Sitze: 4
CDU	15 701 (43,1 %) Sitze: 11

Das vorläufige Gesamtergebnis der Kreisratswahlen in Freiburg:

KP	2 282 (6,2 %)
SPD	12 148 (33,4 %)
DP	6 327 (17,4 %)
CDU	15 610 (42,9 %)

Das vorläufige Gesamtergebnis aus Stadt- und Landkreis (Kreisratswahl):

KP	2 670 (1 Sitz)
SPD	15 683 (11 Sitze)
DP	10 280 (7 Sitze)
CDU	26 570 (17 Sitze)

Freiburg hat 105 211 Einwohner

Freiburg. Im Oktober sind 705 Personen mehr nach Freiburg zugewandert, als weggezogen, so daß die Einwohnerzahl jetzt 105 211, darunter weit mehr als die Hälfte Frauen (58 154) beträgt. Der Geburtenzuwachs betrug 212, gestorben sind 116 Personen, darunter 46 über 60 Jahre und 6 unter einem Jahr.

Umzug des Wohlfahrtsamtes

Ab Montag, 22. November, befindet sich das gesamte städt. Wohlfahrtsamt auf der Hochallee, Rempartstraße. Das noch in der Lessingschule befindliche Fürsorgeamt mit seinen Abteilungen: 1. Allgemeine Fürsorge, 2. Sozialrentner, 3. Kleinrentner, 4. Anstaltsfürsorge, 5. Gesundheitsfürsorge, 6. Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge, ferner die Abteilung Familienfürsorge (Für-

Achtung Jugendgenossen

Am Freitag, 19. November, 20 Uhr, findet unsere nächste Zusammenkunft in der Vauhanstraße 12 statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl und die Erklärung des Parteivorstandes von Frankfurt a. M. Es wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten.

sorgerinnen und Fürsorger) ist am 19. und 20. November 1948 wegen Umzugs für den Publikumsverkehr geschlossen. Das Wohlfahrtsamt hat mit folgenden Nummern telefonischen Anschluß an die Stadtzentrale (Ruf-Nr. 2801):

Direktion	Nr. 267
Verwaltung und Gesundheitsfürsorge	Nr. 268
Städt. Tuberkulose-Tagesheilstätte	Nr. 320
Jugendamt, Amtsstelle für Sozialversicherung, Flüchtlingsbetreuungsst.	Nr. 321
Fürsorgeamt	Nr. 322
Familienfürsorge (Fürsorgerinnen und Fürsorger)	Nr. 323

Der Badische Rentnerbund

nahm am 8. November nach mehrjähriger Unterbrechung mit einer gut besuchten Mitgliederversammlung in der „Harmonie“ seine Tätigkeit wieder auf. In einer kurzen Begrüßungsansprache gab die neue Vorsitzende ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Lage der unverschuldeten in Not geratenen Mitbürger und derer, die nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu erwerben, in absehbarer Zeit doch etwas verbessert werde. Der anwesende Vertreter der städtischen Fürsorge, Herr Dr. Flamm, betonte in seinen Ausführungen, wie groß und schwierig die Aufgaben seien, die die öffentliche Wohlfahrtspflege zu bewältigen habe. Es sei das Millionenheer der Flüchtlinge, der Kriegsgeschädigten, der Erwerbsunfähigen zu betreuen, eine gigantische Aufgabe, die nur durch das Zusammenwirken aller Kräfte zu bewältigen sei. Immerhin könne mit kleinen Verbesserungen in naher Zeit gerechnet werden. Mit der Aufforderung zum Zusammenschluß aller Rentner schloß die Versammlung.

Werdet Rote Kreuz-Helfer und Helferinnen!

Das Badische Rote Kreuz führt während der Wintermonate einen Ausbildungskurs für erste Hilfe durch. Junge Leute von 17-35 Jahren, die dem Roten Kreuz beitreten wollen, werden gebeten, ihre Anmeldung bis zum 18. November bei dem Kreisverein des Badischen Roten Kreuzes, Günterstalstr. 56, abzugeben.

Elternbeirat in Denzlingen

Durch Verfügung des Unterrichtsministeriums wurde für die Volksschulen ein Elternbeirat geschaffen. Für die Gemeinde Denzlingen fand dessen Gründung am Mittwoch, 3. Nov., statt. Ihm gehören neben dem Leiter der Volksschule, Herrn Oberlehrer Krug, dem Schularzt, Dr. med. Hedenus, und Hauptlehrer Furrer als weiteres Mitglied der hiesigen Lehrerschaft, vor allem als Vertreter der Elternschaft, Frau Frida Jeitner, Hindenburgstraße 98, Herr Alfred Jund, Hauptstr. 82, und Herr August Sommer, Waldkircherstraße 24, an.

Dieser Elternbeirat hat die Aufgabe, die Verbindung zwischen Elternhaus und Schule herzustellen und den Eltern die Möglichkeit zu geben, durch Anregungen, Vorschläge und Meinungsäußerungen an der erzieherischen Aufgabe der Schule mitzuwirken. Außerdem soll durch ihn aber auch Verständnis für die Arbeit, die Ueberlegungen und Entschlüsse der Schule gewonnen werden. Auf diese Weise wird eine ersprießliche Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule gewährleistet, was sich zum Segen einer körperlichen und seelischen Gesundheit unserer heranwachsenden Jugend auswirken wird.

Absolute CDU-Mehrheit gebrochen

Die Wahlen haben kein Problem gelöst

Die Gemeinde- und Kreiswahlen liegen hinter uns. Wesentlich ist, daß diese Wahlen in Stadt- und Landkreis Freiburg die Beseitigung der absoluten CDU-Mehrheit im Stadt- und Kreisrat brachten, und daß dies vor allem als ein Erfolg der Politik der Kommunistischen Partei gewertet werden muß. Was es doch ausschließlich die Kommunistische Partei, die nicht nur während der Wahlkampagne sondern auch in den vergangenen zwei Jahren immer und immer wieder Worte und Taten dieser Partei gegenüber der Bevölkerung aufzeigte.

Das antikommunistische Getöse, in welchem sich die CDU, die DP und die Sprecher der SPD zusammenfanden, um damit von ihrer Politik, welche sie in den vergangenen zwei Jahren auch in den Gemeinde- und Kreisparlamenten tätigen, abzulenken, auch die Tatsache, daß sich nahezu 40 Prozent der Wahlberechtigten nicht an der Wahl beteiligten, stellt die „Siege“ dieser Parteien in das richtige Licht.

Die Bevölkerung des Kreises Freiburg, die trotz der von uns aufgezeigten Politik dieser Parteien, jenen ihre Stimmen gab, wird in Bälde zur Erkenntnis kommen, daß man mit Antikommunismus weder die hungrigen Mägen, noch die leeren Geldbeutel der Arbeiter, Angestellten, Rentner und Kriegsverehrten füllen, noch Wohnungen für die Ausgebombten und Wohnungssuchenden schaffen kann. Genau so wenig, wie damit den Bauern geholfen wird, werden aber auch die Heimkehrer erkennen müssen, daß dieses Hetzgeschrei ihre Sorgen und Nöte nicht beseitigt.

Desgleichen erklären wir, ungeachtet dessen, daß die gesamten im Kreis Freiburg für

die Listen der Kommunistischen Partei abgegebenen Stimmen sich von 6,8 auf 6,3 Prozent verringerten, wird die Kommunistische Partei unbeirrt auf der Grundlage ihres Sofortprogrammes auch weiterhin für die Interessen der Werktätigen in Stadt und Land eintreten. Dies erfordert mehr denn je, die Kommunistische Partei zu festigen, die Zeitung des werktätigen Volkes „Unser Tag“ noch mehr zu verbreiten und deren Leserkreis auszuweiten.

In diesem Zusammenhang danken wir allen Genossinnen und Genossen für die während des Wahlkampfes geleistete Arbeit. Nun heißt es mit verstärkter Kraft an die Aufgaben zu gehen, die nach wie vor für die werktätige Bevölkerung im Vordergrund stehen.

Kommunistische Partei Stadt-Landkreis Freiburg

Erstmalige Listen der KP im Landkreis

Freiburg. Obwohl wir, da uns bei Redaktionsschluß noch keine genauen Zahlen aus den Gemeinden des Landkreises zur Verfügung standen, die Ergebnisse erst in der nächsten Nr. bringen können, möchten wir doch bereits heute den Gemeinden Erbringen, Gündelfingen, Kappel und Merzhausen die Wahlergebnisse bekanntgeben. Hier waren zum erstenmal eigene Listen der Kommunistischen Partei aufgestellt worden. Es ergaben sich in Erbringen 43 Stimmen, Gündelfingen 37 Stimmen (Listenverbindung mit SP), Kappel 17 Stimmen, Merzhausen 36 Stimmen, insgesamt 133 Stimmen. Auf dieser Grundlage wird eine beharrliche Arbeit in der vor uns liegenden Zeit es ermöglichen, die gestellten Aufgaben mit Erfolg zu lösen.

Wiederaufbauarbeit im Monat Oktober

Auch im Monat Oktober sind die Wiederaufbauarbeiten in unserer Stadt mit Nachdruck weitergeführt worden. So sind u. a. jetzt die Sedan-, Moltke-, Renner-, Breisacher-, Fedder-, Kreuz-, Lehener-, Stühlingerstraße und der Stühlinger Kirchplatz ganz, die Wensinger- und Erasmusstraße sowie der Münsterplatz teilweise entrümmert. Bis Ende des Jahres sollen sämtliche Straßen und Gehwege der Stadt vom restlichen Bauschutt gesäubert sein. An zirka 40 Stellen wurde die Grundstücksentrümmern vorgenommen, zahlreiche Einsturzfahrten wurden durch Sprengung beseitigt.

Durch Wohnungsinstandsetzung wurden 32 Wohnungen und 5 Einzelzimmer gewonnen. Die Holzhausersiedlung in der Karl-Kistner-, Franz-Liszt-, Richard-Wagner-, Schubert- und Blücherstraße sowie am Wolfswinkel machte erfreuliche Fortschritte; einige der Holzhäuser wurden fertiggestellt und inzwischen bezogen, andere stehen vor der Vollendung und werden in Kürze bezugsfertig sein, wieder andere sind im Rohbau fertig bzw. die Keller- und Innenausbauarbeiten sind in vollem Gange. Der Städtische Fuhrpark hat am Elefantenvogel 4 Holzhäuser fertiggestellt, die inzwischen bezogen sind. Das städt. Elektrizitätswerk hat den Lichtanschluß für die Baracken in der Opfingerstraße und für die instandgesetzten Wohnungen in der Artilleriekaserne vollzogen.

Von den Arbeiten an den öffentlichen Gebäuden verdienen Erwähnung die am Rotteckgymnasium, am Kepler- und Bertholdgymnasium (früher Friedrichsgymnasium), an der Hebel- und an der Volksschule in Betzenhausen. Bald werden weitere Schulräume zur Verfügung stehen. Die Fortführung der In-

standsetzungsarbeiten an der Med. Klinik macht erfreuliche Fortschritte. Die Gas-Strassenbeleuchtung hat eine wesentliche Erweiterung erfahren.

Eröffnung der Kandelhoflichtspiele

Mit der Erstaufführung des Filmes „Menschen in Gottes Hand“ aus der Produktion der „Jungen Film-Union Hamburg“ wurden die Kandelhoflichtspiele im Freiburger Stadtteil Herdern eröffnet. Mit diesem Filmtheater wurde die Anzahl der Freiburger Lichtspielhäuser wieder auf den Stand von 1943 gebracht.

Der Film selbst, der zur Eröffnung lief, kann als eine Odyssee der Gegenwart oder der jüngsten Vergangenheit bezeichnet werden, trotzdem die Lösung des zentralen Konfliktes an den Haaren herbeigezogen erscheint. Der Tod einer dem Glück im Wege stehenden Frau ist nichts anderes, als eine Flucht des Autors vor der zwingenden Entscheidung, die aus dem Geschehen heraus entwickelt werden muß.

Wir sehen neben der bewährten darstellerischen Kunst von Paul Dahlke junge, vielversprechende Talente. Erfreulich ist die klare Charakterisierung von Randfiguren, wie z. B. den Flüchtlingsprofessor und die am Postombus auf ihren vermißten Sohn wartende Mutter.

Vom sozialen Standpunkt aus ist ein Problem aufgeworfen, dessen Lösung wider jedes menschliche Gefühl spricht. Kann man einen Flüchtling, wie hier den alten Professor, so ohne weiteres aus seiner zweiten Heimat vertreiben? Soll dieser Film für den Großgrundbesitz sprechen? — Er wurde in der englischen Zone gedreht. h.j.w.

Herabsetzung der Handelsspannen

Der Badische Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Rastatt, bittet uns um Veröffentlichung nachstehenden Schreibens des Badischen Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit vom 5. Oktober an den Einzelhandelsverband e. V. Freiburg, im Wortlaut:

In der Verordnung über die Preisbildung für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren im Einzelhandel vom 17. 9. 1939 (RGBl. I S. 1877) wurden die Handelsaufschläge des Textileinzelhandels erstmals einheitlich festgelegt mit dem Ziel, die bis dahin bestehende Uebung der Stoppspannenberechnung aufzuheben, die Textilpreise vergleichbar zu machen und eine leichtere Preisüberwachung zu ermöglichen.

Zur Voraussetzung hatte der Erlaß dieser Anordnung die Annahme, daß die Erzeugerpreise stabil gehalten werden könnten, wie dies in dem Runderlaß 100/39 vom 4. 10. 1939 zum Ausdruck kommt. Mit dem gleichen Runderlaß ergingen Anweisungen an die Preisbildungsstellen, die Spannen auf ihre Angemessenheit zu überprüfen und festzustellen, ob die vorgesehene Regelung nicht zu einer Preiserhöhung führen würde.

Die erste Durchführungsvorordnung vom 23. 12. 1940 brachte bereits eine Herabsetzung dieser Aufschläge um jeweils 10 Punkte, da offensichtlich die angesetzten Spannen zu hoch und unberechtigte Preissteigerungen die Folgen dieser Anordnung waren.

Bei den Verhandlungen wurde von den Vertretern des Handels wiederholt erklärt, daß den Mitgliedern des Einzelhandelsverbandes die Verpflichtung auferlegt worden sei, bei überhöhten Waren stets mit niedrigeren Sätzen als den nach der Spannregelung zulässigen zu kalkulieren. Tatsächlich haben zahlreiche Prüfungen von Einzelhandelsgeschäften der Textilbranche in der letzten Zeit ergeben, daß fast durchweg die höchsten Aufschläge zur Anwendung kamen und teilweise Spannen erzielt wurden, die auf der Basis der Einkaufspreise von 1944 errechnet, bis zum 4-fachen Betrag ausmachten.

Im großen und ganzen ist durch die Preissteigerung in den Rohstoffen und durch das dadurch bedingte Aufkrühen in die obersten Preisstufen eine Erhöhung der Handelsaufschläge um den doppelten bis dreifachen DM-Betrag gegenüber 1944 eingetreten.

Aus den dargelegten Gründen wird bis zu einer in Kürze erfolgenden Festlegung der Handelsaufschläge im Textileinzelhandel auf dem Verordnungswege gemäß § 2 des Preisbildungsgesetzes vom 29. Oktober 1939 (RGBl. I S. 927) bestimmt:

„Die in der Anlage zur Spinnstoff-Einzelhandelsverordnung vom 17. 9. 1939 mit den erfolgten Ergänzungen vorgesehenen Handelsspannen sind in den beiden Höchstspannen zu halbieren. Die jeweils entstehende halbe Spanne darf bei Gruppe A um 10 Punkte, in allen übrigen Gruppen um 5 Punkte erhöht werden.“

Diese Zwischenregelung bitten wir den in Frage kommenden Firmen sofort bekannt zu geben. Die Durchführung dieses Erlasses wird bis in 14 Tagen erwartet. Die Organe der Preisüberwachung erhalten Anweisung, von diesem Termin ab die Ueberprüfung der Geschäfte nach dieser Regelung vorzunehmen.

Volkslied und Volksmusik

Unter dem Motto: „Volkslied und Volksmusik“ veranstaltet der 1. Freiburger Mandolin- und Gitarrenverein (LtG. Kammermusik-Ensemble Köhler) mit dem gemischten Chor des Arbeitersängerbundes Freiburg (LtG. Rudolf Oskar Müller) am Sonntag, 21. und Montag, 22. November, jeweils abends 19.30 Uhr, im Maria-Hilf-Saal ein Konzert. In dem Konzertleben Freiburgs dürfte das erstmalige Zusammenwirken eines gemischten Chors mit einem Mandolin- und Gitarrenorchester ein besonderes Ereignis sein und reges Interesse finden.

Freiburger Theater

Der Richter von Zalamea

Einige hundert Bühnenstücke hat der spanische Klassiker Calderon de la Barca (1600—1681) verfaßt. Der Griff, den die Intendanz der Stadt. Bühnen in diese reiche Auswahl getan hat, kann als geglückt bezeichnet werden. „Der Richter von Zalamea“ spricht uns auch heute noch sehr aktuell und gesellschaftskritisch an. Es ist das Schauspiel einer wahren und gerechten, frei von allen Klassenunterschieden handelnden Rechtsprechung. Ein Bauer rächt die, von einem Offizier des Königs in den Schmutz getretene Ehre seiner Tochter.

Die Inszenierung von Willy Grüb war eine in sich geschlossene. Bühnenbild (Friedhelm Strenger) und Darstellungen bildeten ein harmonisches Ganzes. Lediglich noch einige Striche wären zu wünschen gewesen; es wurde zu viel von Königstreue und Untertanenpflicht gesprochen. — Ohne das Verdienst der andern Darsteller schmälern zu wollen, sei Intendant Franz Everth an erster Stelle genannt, der die Titelrolle meisterhaft verkörperte. Vom derben Dickschädel, über den verzweifelten Vater, bis zum unerbittlichen Richter erfüllte er diese Rolle mit wahrem Leben. — Ursula Volkmar wuchs in der Rolle der entehrten Tochter über sich selbst hinaus. — Wolfgang Stumpf war ein leichtfertiger Offizier, gewissenlos in seinem Handeln und kalt gegen fremdes Leid, und damit war der Sinn dieser Rolle treffend wiedergegeben. — Philipp Orlemann bot als Don Lope einen General unter dessen Harnisch ein Herz schlug. — Hans Kircher war als Bauernsohn zu Anfang etwas unbeholfen, konnte sich jedoch im Laufe der Handlung in das Geschehen einspielen. — Schade, daß der König Lothar Bühring's in seiner fast bieder zu beziehenden Art, etwas Märchenluft in die sonst sehr realistische Schlußszene brachte. — Henny Schmelder-Wenzel sprühte als Marketenderin voll ursprünglicher Lebenskraft, während die Soldaten durchweg deklamierten.

Alles in allem, eine geschlossene Aufführung, wie man sie auf dieser Bühne leider nur sehr selten zu sehen bekommt. h.j.w.

CARMEN

Daß die Neueinstudierung von Bizet's Oper „Carmen“ trotz Mängel in der Regie und in der gesanglichen Wiedergabe zu einem Erfolg wurde, ist in erster Linie dem städtischen Orchester unter der bewährten Stabführung von Wilh. Schleunig zu verdanken. Es erwies sich wieder einmal, daß die Leistung des Orchesters das weitaus Beste ist, was auf der hiesigen Opernbühne geboten wird. Das, was sich jedoch auf der Bühne abspielte, war oft der musikalischen Qualität unwürdig.

Der Inszenierung von Sigmund Matuszewski gelang es, mit Ausnahme des ersten Aktes, Farbe in das Bühnenbild zu bringen und die dramatische Spannung zu halten. Durch die Streichung der Festnahme Don José's (4. Akt) gelangt die Aufführung zu einem in sich geschlossenen Ende.

In der Titelrolle sah und hörte man Dorothea Grelle, die darstellerisch und gesanglich ihre Partie zu meistern in der Lage war. Dasselbe gilt für Wilhelm Hurschka als Escamillo, Max Schiweh (Don José) wurde seiner Partie lediglich von der mimischen Seite her gerecht, während er stimmlich kaum in der Lage war, die Blumen-Arie (2. Akt) überzeugend wiederzugeben; danach fiel er zusehends noch mehr ab. Aus der Reihe der Nebenpartien seien in erster Linie Annemarie Leber, Josef Rees und Karl Wirsdorf gehoben.

Die Bühnenbilder von Friedhelm Strenger, der auch die sehr gegen einen einheitlichen Stil verstoßenden Kostüme entwarf, paßten keinesfalls in den Rahmen dieser Oper, Kerkerverliese statt Plätze in Sevilla vorzusetzen, ist etwas stark. Auch eine geschmacklose Escamillo-Plakatklame ist hier wenig dazu angetan, das Niveau zu heben. Lediglich das Bild des zweiten Aktes war gerechtfertigt, während der dritte Akt unter der nicht zu ändernden Bühnengröße litt, das Bild jedoch gut aufgeteilt und gelöst war. — Ein ganz besonderes Lob der Tanzgruppe unter Leitung von Hans Heinz Steinbach. h.j.w.

Gründung des Südbadischen Turnverbandes

Der Turnausschuß Freiburg teilt mit: Wir möchten bereits heute darauf hinweisen, daß am 28. November, vormittags 9 Uhr, in Freiburg i. Br., Inselgaststätte Feierling, die vorbereitende Versammlung zur Gründung des Südbadischen Turnverbandes stattfindet.

Die Kreise, bzw. die Mitglieder der Turnabteilungen der Sportvereine Südbadens werden gebeten, zu dieser vorbereitenden Versammlung ihre Delegierten zu entsenden, wobei auf die bereits die Bezirks- und Kreisturnwart erfolgte schriftliche Einladung hingewiesen wird.

In Verbindung, bzw. im Anschluß an diese Tagung wird die Turnabteilung des ASV Freiburg am 28. November, um 14.30 Uhr, erstmals vor die Öffentlichkeit treten. Unter dem Motto: „Vom Anfang bis zur Vollendung“ wird unter der Oberleitung des Bezirksturnwartes Karl Burg ein Schau- und Werbeturnen in der Jahn-Halle in Freiburg-Zähringen veranstaltet, bei welchem nicht nur die Spitzturner des Breisgauer, sondern auch der mehrfache Deutsche Meister im Geräteturnen und Olympia-Sieger von 1938 Willi Stadel, mitwirken werden.

Hauptgewinn auf Los Nr. 2968

Die Ziehung der Zweiten Klasse der Zweiten Südwestdeutschen Klassenlotterie fand am 8. November statt. Der Hauptgewinn von 10 000 DM fiel auf Nr. 2968, ein weiterer Gewinn von 5000 DM auf Nr. 12 161. Die Ziehung der 3. Klasse findet am 6. Dezember statt, Schluß der Erneuerung der Lose am 29. November. In der Schlußklasse beträgt der Höchstgewinn 10 000 DM.